



Die Frauenakademie mit dem Frauenkommunikationszentrum Binko und die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises sind Initiatoren der Wanderausstellung im Landratsamt, die dieser Tage von Heike Debertshäuser, Landrat Thomas Müller und MdL Henry Worm eröffnet wurde. Foto. frankphoto.de

# Geschiedene Frauen noch immer benachteiligt

„Frauen kämpfen um ihr Recht – in der DDR geschieden, durch den Einigungsvertrag diskriminiert“ ist der Titel der Ausstellung, die bis zum 24. Mai in den Fluren des Landratsamtes zu sehen ist.

Von Regina Haubold

**Hildburghausen** – 21 großformatige Porträts ausnahmslos älterer Frauen – versehen mit einem kurzen biografischen Auszug – springen dem Besucher derzeit im Foyer des Landratsamtes ins Auge. Dort, wo sonst meist Künstlerisches – Fotos, Grafiken und Gemälde – zum Tragen kommt, geht es diesmal um eine politische Aussage, um ein Thema, das von der Öffentlichkeit bislang kaum wahrgenommen wurde und im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit steht. Allerdings nicht im positiven Sinne. Noch immer, so der Tenor der Wanderausstellung, die bislang in Ilmenau zu sehen war, ist gleiches Recht nicht für alle Bürger Deutschlands hergestellt, weil es Mängel im Einigungsvertrag gibt.

Alle 21 porträtierten Frauen haben eines gemeinsam: Sie wurden zu DDR-Zeit geschieden, sie sind im Rentenalter und obgleich sie (meist) Akademikerinnen sind, reichen ihre

Altersbezüge kaum zum Leben. Der Grund: Frauen, die in der DDR geschieden wurden, bekommen keinen Versorgungsausgleich für die Ehejahre. In der Folge leben viele Frauen heute von Mini-Renten bzw. müssen hochbetagt noch arbeiten gehen. Ganz anders sind die westdeutschen Frauen gestellt, die geschieden wurden. Für sie hat der Gesetzgeber der ehemaligen BRD bereits in den 1970 Jahren ein Gesetzespaket aufgelegt, das den Versorgungsausgleich sicherstellt.

## Lücke im Vertrag

Die 21 Porträts der Ausstellung zeigen interessante, starke Frauen, die schonungslos von ihrem Leben und den Schwierigkeiten der Diskriminierung berichten.

Schon vor dem Jahrtausendwechsel kam die Lücke im Einigungsvertrag auf die politische Tagesordnung: Der Verein der in der DDR geschiedenen Frauen kämpft daher seit 1999 um die Rechte der in der DDR geschiedenen Frauen insbesondere mit Blick auf das Rentenrecht. „Diese Frauen beschäftigt nach wie vor das Unrecht, im Rentenüberleitungsvertrag bei der Rentenberechnung nicht den westdeutschen Frauen gleichgestellt worden zu sein“, bringt es Heike Debertshäuser, Leiterin der Initiativegruppe Ilmenau auf den Punkt.

Dass es bislang nicht gelungen ist, eine parlamentarische Mehrheit für die rentenrechtliche Gleichstellung geschiedener Frauen in Ost und West

zu finden, hat freilich Gründe. Gründe, die der Landrat, Thomas Müller bei der Eröffnung der Ausstellung deutlich machte. „Das ist ein Problem, das nur Geschiedene in den östlichen Bundesländern betrifft. Die Frauen, die im Westen geschieden wurden, haben es nicht. Leider haben die Frauen im Osten keine Lobby, denn bei einer Gesetzesinitiative geht es vor allem um Geld.“ Nicht alle Regelungen des Einigungsvertrages, befand Müller, seien gut gelungen. Die Problematik des Rentenausgleichs für in der DDR-Geschiedene offenbare sogar einen „vergessenen Sachverhalt“. Er gehe davon aus, dass es zu einer baldigen Regelung kommen müsse, denn unterdessen laufe die Zeit davon. Zudem hoffe er auf eine parteiübergreifende Initiative auch im Thüringer Landtag.

Die Anzahl der betroffenen Frauen ist noch immer hoch: Jedoch sind von ursprünglich rund 800 000 bereits viele Frauen gestorben und die Zahl der von Ungerechtigkeit Betroffenen unterdessen auf 300 000 Frauen gesunken. Eine solch kleine Gruppe habe es nun einmal schwer, sich mit ihren Forderungen Gehör zu verschaffen, hieß es. „Diese Frauen wollen weiterhin für eine Beseitigung ihrer Diskriminierung kämpfen und hoffen auf eine späte Gerechtigkeit“, sagt Debertshäuser. Selber betroffen, leitet sie seit 2010 die Ilmenauer Gruppe und ist seither unermüdlich dabei, auch Andere für die Problematik zu sensibilisieren, auch wenn sie

„schwer verständlich“ sei. Die letzte Bundesratsinitiative in Richtung Gleichstellung war 2014 auf den Weg gebracht worden, dann aber ersatzlos von der Tagesordnung genommen worden. Für Debertshäuser ein klares Indiz für Desinteresse. Es gebe, so bedauerte sie, gegenwärtig noch keine konkreten Zahlen zum finanziellen Umfang der nachzuzahlenden Gelder. Lediglich ein Härtefallfonds für sozial Schwache Rentnerinnen, sei ins Auge gefasst.

## Fehlende Lobby

Seit nunmehr acht Jahren, so Henry Worm, CDU-Landtagsabgeordneter und gleichstellungspolitischer Sprecher seiner Fraktion, begleite ihn das Thema Versorgungsausgleich bei seiner parlamentarischen Arbeit. Im Thüringer Landtag sei man sich einig, die Initiative der DDR-Geschiedenen zu unterstützen. Gleichwohl sei zu kritisieren, dass es schon 2104 keine Mehrheit im Bundesrat gegeben habe, „weil das Thema nicht interessiert.“

Eine politische Lösung, so Worm, „wäre ganz einfach“, zumal es sich um einen überschaubaren Betrag zum Versorgungsausgleich handelte. Doch es „fehlt am politischem Willen“ in Berlin, beklagt der Landtagsabgeordnete. Die Frauen, die im Verein seit Jahren um ihre Rechte kämpften, wolle er auch weiterhin ermuntern, an die Öffentlichkeit zu gehen. Es sei an der Zeit, jetzt endlich zu handeln.